„Der Courier"
Als die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries ... $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

19. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 27. Januar 1926 | 12 Seiten | Nummer 12

Erweiterung der Pool-Vollmachten führt zu lebhafter Debatte

Premier Dunning und andere äußern Bedenken

Therres, Humboldt, und Keelan, Yappuland, erklären sich für die Bill.

Regina. — In der Legislatur von Saskatchewan veranlachte der Gesetzesantrag, nach welchem richterliche Vollmachten dem Saskatchewan Weizenpool übertragen werden sollten, einen Sturm der Entrüstung. Sogar von außerhalb sind Drohbriefe eingelaufen und zwar gegen jene Abgeordneten, welche gegen die Vorlage reden und stimmen würden. Premier Dunning verurteilte diese Methode und erklärte selbst seine Bedenken. Er meinte, es sei doch eine furchtbare Sache, wenn man einen Mann ins Gefängnis werfen wolle wegen etwas, das kein Verbrechen darstelle. Es sei schon schlimm genug, daß das Recht des Verwarnung in den Händen der Richter ruhe, aber noch schlimmer sei es, wenn man dieses Recht in die Hände von fünf oder sechs Männern legen wolle, welche an der Spitze einer Körperschaft stehen, ganz gleich, ob es sich dabei um den Weizenpool oder um eine Gemeinschaft von Engeln handele. Er sei dagegen, eine solche Vollmacht den Richtern zu entziehen.

B. L. Hyde (Regierung, Maple Creek) meinte, die Bill würde neue Kontrakte schaffen, ohne daß man den Beteiligten die Möglichkeit biete, ihre Zustimmung oder Ablehnung kundzutun. W. E. Knowles (Regierung, Moose Jaw) bemerkte, die Verwarnungsbestimmung sei ein Eingriff in verbriefte Rechte. Die Männer, welche den Poolkontrakt unterzeichneten, hätten wohl niemals daran gedacht, daß sie sich im Falle eines Kontraktbruches die Gefängnistüren erschließen würden.

H. M. Therres (Regierung, Humboldt) erklärte, die Unterzeichner des Poolkontrakt hätten bei Abgabe ihrer Unterschrift wohl gewußt, daß der Pool eine zwangsweise Einrichtung sei, und sie hätten genau gewußt, was sie unterzeichnet hatten. Es würde niemand ein Schaden zugefügt, wenn die Bill angenommen werden würde, und er glaube auch nicht, daß jemand deswegen ins Gefängnis wandern müsse. Auch J. J. Keelan (Regierung, Happyland) glaubte, man könne die Bill ruhig annehmen, da man sowieso Vertrauen zur Leitung des Pool haben dürfe, daß sie nach bestem Wissen und Gewissen verfahren werde.

Nach weiterer Debatte passierte die Bill die zweite Lesung ohne Abstimmung.

Vereinigte Farmer von Alberta

Gegen Elevatorkauf durch Pool

Calgary. — Auf der Tagung der Vereinigten Farmer von Alberta (U.F.A.) wurde Wood wieder zum Präsidenten und H. E. G. Schofield wieder zum Vizepräsidenten der Organisation erwählt.

Die Delegaten stimmten gegen den Elevatorkauf durch den Alberta Weizenpool zur jetzigen Zeit. Ein besonders scharfer Gegner war Wood selbst, der meinte, es sehe fast so aus, als ob man den Pool zerstören wolle, indem man ihn zu zwingen suche, in das Elevatorgeschäft einzutreten. Der Pool müsse dann unter Umständen 15 bis 20 Millionen Dollars aufwenden und könne dadurch in finanzielle Schwierigkeiten geraten.

Interessant war auch die Debatte über den Vorschlag eines Vorwortes zur Verfassung des U.F.A. Das Vorwort war so abgefaßt, daß es seinem Wortlaute nach einer kommunistischen Prinzipienerklärung gleichgekommen wäre. Die Folge war, daß eine stürmische Auseinandersetzung folgte, in deren Verlauf beschlossen wurde, den Antrag an die Ortsgruppe Bingville, von der er ausgegangen war, zurückzuschicken.

Komplott zur Ermordung des serbischen Königs

500 Kommunisten verhaftet.

Studenten besetzen Universitätsgebäude.

Belgrad, 22. Januar. — Der plötzliche Entschluß des Ministerpräsidenten Paschitsch, von der Riviera, wohin er sich am 10. Januar zu längerem Kurgebrauch begeben hatte, nach Belgrad sofort zurückzukehren, soll dadurch veranlaßt worden sein, daß die Polizei ein weitverzweigtes Komplott zur Ermordung des Königs Alexander und der Minister entdeckt hat.

In Verbindung mit dieser Verschwörung wurden von der Polizei viele Hausdurchsuchungen bei bekannten Kommunisten vorgenommen und in den letzten Tagen ungefähr 500 Leute verhaftet.

Die Verschwörung wurde durch die Verhaftung eines Arbeiters in Agram entdeckt, der sich durch große Geldausgaben verdächtig gemacht und sich gebrüstet hatte, von Moskau 250,000 Dinar als Anzahlung für eine auszuführende Arbeit erhalten zu haben. Nach der Verhaftung gab er an, Geld von dem jugoslawischen Kommunistenführer Philipowitsch zugeschickt bekommen zu haben. Der seit dem vorigen Jahr seinen Wohnsitz in Moskau aufgeschlagen hat.

Gestern kam es in Belgrad zu Ausschreitungen. Die Polizei hatte eine von Arbeitern angekündigte Demonstration verboten, aber trotzdem sammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Parlamentsgebäude an, gegen die die Polizei machtlos schien. Erst durch berittene Truppen konnte die Menge auseinandergetrieben werden. Viele Leute, die sich den Anordnungen der Polizei widersetzten oder bei der Kundgebung eine führende Rolle zu spielen schienen, wurden in Haft genommen.

Der Minister des Innern hat nun eine Verordnung erlassen, die die Existenz aller Unionen für gesetzwidrig erklärt und ihre Auflösung verfügt. Man glaubt, daß mit dieser Maßnahme die Regierung hauptsächlich die Syndikalisten treffen wolle, die für den 25. Januar einen Parteikongreß nach Belgrad einberufen hatten.

In Agram und Serajewo wurden die Wohnungen von 50 Kommunisten durchsucht und in beschlagnahmten Dokumenten Beweise für die Verschwörung gegen den König und die Kabinettsmitglieder gefunden.

Unter den Verhafteten befinden sich mehrere hervorragende Persönlichkeiten, einschließlich der Professoren Nowkawitsch, Simon und Timotijewitsch. Letzterer ist der Sohn eines früheren Justizministers. Einer Anzahl von Oppositionszeitungen wurde das weitere Erscheinen verboten.

Von Agram wird gemeldet, daß Studenten der Philosophie an der Agramer Universität, die der unabhängigen demokratischen Partei angehören, gestern einen Streik begannen und von den Universitätsgebäuden Besitz ergriffen. Sie zwangen alle Studenten und Professoren, die anderen Parteien angehören, die Universität zu verlassen. Der Studentenaufruhr wurde dadurch veranlaßt, daß der neue Unterrichtsminister, Stefan Raditsch, eine Anzahl Professoren vorzeitig in den Ruhestand versetzte, worin allgemein eine politische Maßregelung der Pensionierten erblickt wird.

Die aufrührerischen Studenten gossen übelriechende Flüssigkeiten in die Klassenräume und Hörsäle und erklärten, entschlossen zu sein, die Vorlesungen solange zu verhindern, bis die pensionierten Professoren wieder in ihre Aemter eingesetzt werden.

Die Förderung der Volksgesundheit in Saskatchewan

Minister Dr. J. M. Uhrich über die Arbeit seines Departments.

Eine Abfertigung an die Adresse des Dr. J. P. Anderson.

Regina. — In einer Rede in der Provinzial-Legislatur von Saskatchewan behandelte der Gesundheitsminister Hon. Dr. J. M. Uhrich sehr eingehend die Aufgaben seiner Abteilung und führte dabei unter anderem folgendes aus:

„Vor 30 Jahren war die Welt noch von Gefahren bedroht, gegen die es keinen Schutz gab. Ansteckende Krankheiten wüteten von Zeit zu Zeit in den Gemeinden. Mit der Verbinderung der Epidemien waren abergläubische Vorstellungen verbunden. Pulverisierte Schlangenhäute wurden zur Verhinderung des Typhus verwendet. Eine lebende Spinne in einem Pfirsichkernkorbchen wurde zum Schutz gegen Scharlachfieber um den Hals gehängt. Erdwürmer in Bier gekocht sollten die Auszehrung unmöglich machen.

Nun, da man die Ursache und die Verhinderung von Seuchen kennengelernt hat, ist die Frage, wie man die so gewonnenen Erfahrungen anwenden kann, um das Volk gesund zu erhalten. Zur Erzielung der erwünschten Resultate müssen Eltern, Lehrer, Aerzte und Krankenpflegerinnen zusammenwirken.

„Die provinziale Abteilung für Volksgesundheit ist in fünf Sparten eingeteilt: Kinderfürsorge und Hospitalleitung; Heilung ansteckende Krankheiten; das Laboratorium; die Lebensstatistik zwischen Mütter- und Kindersterblichkeit besteht eine sehr enge Beziehung. Daher muß die Unterabteilung für Kinderfürsorge ihre Aufmerksamkeit der Bekämpfung jener Ursachen zuwenden, welche zu einer hohen Kinder- oder Mütittersterblichkeit beitragen. Die klinische Arbeit ist von zwei Kliniken, welche 1916 392 Kinder untersuchten, auf 109 Kliniken mit 9432 Kindgruntersuchungen im Jahre 1924 gewachsen, wobei 13,174 Defekte bei den untersuchten Kindern festgestellt wurden. Im Jahre 1924 wurden insgesamt 21,539 Lebendgeburten und 610 Totgeburten gemeldet, oder auf 606 Lebendgeburten und 35 Totgeburten mehr als im Vorjahr. Doch wurde 1924 eine Abnahme von 283 Todesfällen von Kindern unter einem Jahr und 313 Todesfällen von Kindern unter fünf Jahren festgestellt. Die Kindersterblichkeit zeigte einen Rückgang von 15.6 per tausend Lebendgeburten, verglichen mit 1923. Eine Ehe in sechs Geburten fand in einem Hospital statt.

„Vier Gesundheitsbeamte im Dienste des Departements besuchten im Laufe des Jahres jede Stadt, jedes Dorf und jeden Weiler, setzten sich mit den örtlichen Gesundheitsbehörden in Verbindung, klärten sie über ihre Verantwortung auf und wiesen auf einfache Maßnahmen hin, um den gesundheitlichen Zustand der Munizipalität zu verbessern. Diese Konferenzen haben unzweifelhaft den Gesundheitszustand gehoben.

„Da in ländlichen Distrikten das Bestreben vorhanden ist, eine Anzahl von kleinen Spitälern zu bauen, hat das Department einen Plan fertiggestellt, der es ermöglicht, um einen mäßigen Preis ein Hospital mit 10 oder 12 Betten zu errichten. Kürzlich wurde ein Union Hospital gebaut, das die Hospitalbedürfnisse des Distrikts zu einem kapitalen Kostenpreis von 75 Cents per viertel Sektion Land befriedigt.

„Eine neue Gefahr für die Volksgesundheit ist kürzlich in Saskatchewan aufgetaucht, nämlich das Auftreten der Ratten. Das Gebiet östlich von einer Linie, die von der internationalen Grenze durch Lampman, Broadview, Melville und Preeceville zu ziehen ist, ist mit Ratten verseucht. Die Pest oder der schwarze Tod, wie sie häufig genannt wird, hat in alten Zeiten in Europa 25,000,000 Menschen getötet. Sie herrscht heute noch in Indien, Asien und Afrika und ist in den letzten Jahren auch auf den amerikanischen Kontinent verschleppt worden. Diese gefürchtete Seuche ist sogar in Californien aufgetreten. Wenn unsere Provinz die neue Gefahr von sich fernhalten will, muß

(Fortsetzung auf Seite 5)

Kardinal Mercier gestorben

Brüssel, 23. Jan. — Kardinal Mercier ist heute Nachmittag um drei Uhr gestorben. Er war nach einer Operation gegen eines Magenleidens mehrere Wochen lang krank. Das Ende war friedlich. Der Kardinal starb in seinem 75. Jahr, vom belgischen Volke wegen seines Widerstands gegen die deutschen Truppen im Weltkrieg verehrt.

In dem kleinen Land wurde seine Krankheit mit aufrichtiger Sorge verfolgt. In allen Kirchen wurden Messen für seine Genesung gelesen, Schulkinder beteten überall für den Kirchenfürsten. Während des Vormittags wurde zur Erleichterung der Atmung Oxygen angewandt. Dies brachte jedoch nur kurze Abhilfe. In einem Vorzimmer warteten kirchliche Würdenträger.

Der neue Reichsminister für Landwirtschaft

Berlin, 23. Jan. — Dr. Haslinde, Landrat in Münster, ist zum Minister für Landwirtschaft ernannt. Der Posten blieb unbesetzt, als Kanzler Luther sein neues Ministerium bildete. Haslinde ist der dritte Zentrumsvertreter im Kabinett. (Ueber die neue Regierungsbildung siehe Seite 2 unter „Deutschland"!)

Deutschnationale gegen neue Regierung

Berlin, 25. Jan.—Die deutschnationale Partei erklärt ihre unversöhnliche Feindschaft gegen die Locarno-Verträge und Deutschlands Beitritt zum Völkerbund. Die Partei beschloß, im Reichstag einen Antrag einzubringen, welcher eine Verschiebung von Deutschlands Gesuch um Aufnahme in die Liga verlangt.

Für Verringerung der deutschen Weizeneinfuhr

Berlin, 23. Januar. — Von der Zentrumsfraktion des Reichstags wurde ein Antrag eingereicht, der an die Regierung die Aufforderung richtet, den Verbrauch von Roggenbrot durch rege Propaganda zu fördern.

Ferner wird vorgeschlagen, durch einen Gesetzerlaß den Verbrauch von Weizenbrot einzuschränken und damit die Einfuhr von Weizenmehl zu verringern.

Rumänisches Königspaar leidet an Nervenzerrüttung

London, 23. Jan. — Von Bukarest wird gemeldet, daß das rumänische Königspaar sich nach einem seiner Schlösser begeben hat, um einige Zeit dort in Ruhe zu verweilen. Die Gesundheit des Königs und der Königin soll durch die politische Krisis und durch den Thronverzicht des Kronprinzen sehr erschüttert sein. König Ferdinand wird, diesen Mitteilungen zufolge, öfters von Weinkrämpfen befallen, während sich bei der Königin Anzeichen von Nervenzerrüttung bemerkbar machen.

Biegsames Glas, eine österreichische Erfindung

London, 25. Jan. — Das von einem österreichischen Chemiker erfundene Glas, das biegsam ist und bricht, ohne zu zersplittern, wird demnächst in England fabriziert werden. Die Kosten der Herstellung sollen nicht höher sein als die des zerbrechlichen Glases. Windschilder für Automobile, die aus dem Glas hergestellt werden, dürften, wie die Zeitschrift „Motor" erklärt, viele Vorzüge haben.

Liberale und progressive Arbeitsgemeinschaft?

Forke stellt „Bestechungsversuche" in Abrede

Ottawa. — Nach den mit politischer Hochspannung angefüllten Tagen, welche der Abstimmung über das Vertrauensvotum für Premier King vorausgegangen waren, fühlte sich die parlamentarische Atmosphäre wesentlich ab.

Im Mittelpunkt des Interesses stand die Frage, ob sich die Progressiven zu einer Koalition mit den Liberalen herbeilassen würden. Beide Fraktionen sind zwar in enge Fühlung miteinander getreten, um eine Arbeit nach gemeinsamen Richtlinien zu vereinbaren, aber von einer Regierungskoalition kann deswegen noch keine Rede sein.

Im Unterhaus selbst fühlte der progressive Führer, Robert Forke, das Bedürfnis, sich gegen gewisse Gerüchte zur Wehr zu setzen, als ob man die Progressiven habe bestechen wollen. Er stellte das entschieden in Abrede. Es seien wohl Verhandlungen mit King und auch mit Meighen geführt worden, aber beide hätten in durchaus ehrlicher Weise mit ihnen die Lage besprochen. Die progressive Partei habe nicht im geringsten daran gedacht, bestimmte Forderungen an die beiden Parteiführer zu stellen. Ferner setzte er sich für weitere Tarifherabsetzungen ein und meinte, die Tarifrage sei noch nicht tot, sondern noch so lebendig wie je.

Lloyd George lehnt Bündnis mit Arbeiterpartei ab

Carnarvon, Wales, 25. Jan. Lloyd George, der frühere Premier und heutige Führer der liberalen Partei, hat in einer Rede in einer hiesigen politischen Versammlung allen Gerüchten von einer Verschmelzung der liberalen und der Arbeiterpartei ein Ende bereitet.

Was seine eigene Person betrafe erklärte er, so würde er nie mehr wieder bei der Errichtung einer sozialistischen Regierung mithelfen, es sei denn, daß ganz bestimmte Garantien geliefert würden. Unter den obwaltenden Verhältnissen müsse er es für die Liberalen für töricht halten, sich auf Verhandlungen um ein Bündnis mit irgendeiner anderen Partei einzulassen. Beide Parteien würden sich in den kommenden drei oder vier Jahren noch in der Wüste befinden, und es wäre noch Zeit genug vorhanden, um zu erwägen, was geschehen solle, nachdem die augenblickliche Tidwin-Administration zu Ende gekommen.

Politische Todesurteile in der Türkei

Konstantinopel, 25. Jan.— Sieben Türken wurden auf dem Angora-Platz hingerichtet, weil sie sich an einer reaktionären Bewegung beteiligt hatten. Dadurch wurde die Zahl der Hinrichtungen in den letzten vierzehn Tagen auf 21 erhöht.

Bolschewistische Habgier und Leichenschändung

Leningrad, Rußland, 23. Jan. — Mehrere Särge früherer Zaren und Zarinnen Rußlands in der St. Peter und Pauls Kathedrale sind von den Sowjetbehörden geöffnet worden, welche nach Kronen, Juwelen und anderen Gegenständen suchten, um dieselben lokalen Museen zu überlassen. Die Sowjetbeamten sind der Ansicht, daß Reliquien in den Gräbern niemanden Nutzen bringen können. Sachen, die sich nicht für Museen eignen, sind an Sammler aus dem Auslande verkauft worden.

Unter amerikanischer Fuchtel

Washington, 23. Jan. — Dem hiesigen Gesandten Nikaraguas, Salvados Castrillo, wurde vom amerikanischen Staatsdepartement mitgeteilt, daß die Regierung beschlossen habe, die Beziehungen mit Nikaragua abzubrechen. Dem Gesandten wurde mitgeteilt, daß die Uebernahme der Regierung Nikaraguas durch General Chamorro als verfassungswidrige Anmaßung der Gewalt angesehen werde und die diplomatischen Beziehungen, solange Chamorro die Macht ausübe, nicht wiederhergestellt würden.

Anton Huck, Vibank, über echte Bürgergesinnung

Ein Erlebnis in San Francisco.

Bemerkungen zur Alkoholfrage und zur Gasolinsteuer.

Regina. — In einer der letzten Sitzungen der Saskatchewan Legislatur hielt der Abgeordnete für Süd-Qu'Appelle, Herr Anton Huck, eine Rede, die wohl allgemeine Beachtung verdient. Wir geben sie nachstehend möglichst wortgetreu wieder.

„Es ist in der Tat eine gewisse Befriedigung für mich, von allen Seiten die Meinung zu hören, daß wir wieder einmal an der Schwelle einer neuen Aera des wirtschaftlichen Aufstieges stehen. Ich kann Ihnen versichern, daß es die schönste Stunde meines Lebens in diesem Hause war, den ermutigenden Ausführungen des Premier in diesem Zusammenhang zu lauschen. So sehr bin ich überzeugt von der Richtigkeit seiner Erklärung zur allgemeinen Lage, daß ich sie als eine Tatsache anerkenne.

„Es gibt Ereignisse in meinem Leben, die mehr oder minder wichtig sind. Ich habe zwei Dinge im Sinn, auf die ich besonders stolz bin. Das eine ist, daß ich das angenehme Gefühl habe, in meinen Pioniertagen meinen Anteil zum Aufbau des Landes beigetragen zu haben. Das andere ist, daß ich das Evangelium des Vertrauens und des Glaubens an dieses Land stets verkündigt habe. Das erfordert oft großen Mut, hauptsächlich wenn man mit eigenen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und trotzdem gute Miene zum bösen Spiel macht. Ich habe etwas auf dem Herzen, das ich an den Mann bringen muß. Die Gelegenheit dazu ist günstig. Ich habe im Sinne die Frage der guten Bürgerschaft, die Frage, wer eigentlich als guter Bürger dieses Landes gelten kann. Hat jemand in diesem Hause schon versucht, die Frage von allen Gesichtspunkten aus vollständig zu beantworten? Wenn das der Fall ist, möchte ich gerne die Definition dafür hören. Ich bin sicher, wenn ich einen Fragebogen darüber ausschicken möchte, so würde ich ganz verschiedenartige Antworten erhalten, die wenig miteinander gemein hätten. Ich möchte gerade gewisse Antworten, die ich von gewissen Leuten bekommen würde, zu demonstrieren versuchen.

„Ich hatte im Jahre 1915 ein besonderes Erlebnis. Ich hatte Gelegenheit, die Ausstellung in San Franzisko zu besuchen. Wie wir uns vorstellen können, war nicht nur jeder Staat der Union, sondern auch beinahe jedes Land der Welt durch ein besonderes Gebäude vertreten, das die verschiedenen Erzeugnisse des betreffenden Landes enthielt. Unter anderen fanden wir auch das sogenannte canadische Gebäude und es war keineswegs das geringste unter ihnen. Tatsächlich wurde allgemein zugegeben, daß es die bemerkenswerteste Sammlung von Ausstellungsgegenständen enthielt und daß die canadische Ausstellung in praktischer Hinsicht alle anderen übertraf. Ich ging jeden Tag durch das Gebäude. Als ich eines Tages herauskam, sah ich einen älteren Herrn vor dem Gebäude stehen, der laut die Inschrift „Canadian Building" las und zu sich selbst sagte: „Ich wundere mich, was diese Gesellen im Norden uns zu zeigen haben." Ich war sofort stark interessiert, ging zu ihm und fragte ihn, woher er komme. „Von Louisiana," antwortete er. Ich bemerkte, daß ich ein Canadier sei und seine Aeußerungen gehört habe und daß ich sehr darum bemüht sei, ihn durch das Gebäude zu führen. Ich machte mit dem alten Louisianer einen vollständigen Rundgang, begann vor der alten Pionierzeneric

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Italienische Stimmen gegen Deutschland

Ratifizierung des Locarno-Abkommens.

Deutsches Kolonialmandat abgelehnt.

Rom, 23. Jan. — Bei Besprechung des Locarno-Vertrages wurden in der italienischen Kammer Stimmen gegen angebliche Bestrebungen in Deutschland laut, welche Italien unfreundlich sein sollen. Die Redner traten zwar für Annahme des Vertrages ein, mahnten jedoch, die gegnerische Politik im Ausland nicht außer Acht zu lassen. Deutsche Agitatoren im italienischen Gebiet würden von reichsdeutschen Nationalisten unterstützt. Das beweise, daß Deutschland nicht völlig zur Friedensidee zurückgekehrt sei.

Nach weiterer Debatte wurde der Locarno-Vertarg angenommen.

Rom, 22. Jan. — Der Abgeordnete Andrea Torre, der ein Mitglied des Kammerausschusses zur Beratung der Locarno-Verträge war, trat mit seinem Bericht, welcher sich für Ratifizierung des Vertrages ausspricht, an die Oeffentlichkeit. Er erklärt darin, wenn es zu einer Vergebung von Kolonien oder Mandaten durch internationales Abkommen kommen sollte, so werde Italien Bevorzugung vor Deutschland beanspruchen.

Hierzu bemerkte er, Deutschland sei kein Versprechen gemacht worden, daß es eventuell ein Kolonialmandat erhalten werde. Wiewohl Deutschland als Mitglied der Völkerliga kompetent sei, ein Mandat unter der Liga zu halten, so bilde diese Möglichkeit nur einen legalen Umstand.

„Wir glauben nicht," heißt es in dem Bericht, „daß eine solche Verpflichtung zugunsten einer geschlagenen Nation bestehen kann, bis eine siegreiche Nation wie Italien sich damit im Einklang mit ihren Rechten und internationaler Gerechtigkeit zufriedengestellt erklärt."

Der Abgeordnete Torre warnt in seinem Bericht vor einer Ueberschätzung des „Geistes von Locarno", wobei er bemerkt: Während der Vertrag in bezug auf gewisse Fragen einen wichtigen Beitrag zum Frieden liefere, harrten noch immer viele andere internationale Angelegenheiten der Erledigung und manche davon seien sogar noch von größerer Bedeutung als die in Locarno behandelten.

Der Bericht gibt den Wert des Locarno-Abkommens zu, indem Deutschland dadurch auf das Niveau der Gleichheit mit anderen Mächten emporgehoben worden sei, wodurch sich die allgemeine europäische Lage verbessert habe. Die von England und Italien als Garanten des Hauptvertrags von Locarno übernommene Mission, heißt es in dem Bericht, habe einen hohen politischen und sittlichen Wert. Hierdurch werde in wesentlicher Weise zur Macht und Rechtlichkeit bei Lösung eines Problems beigetragen, das mit seinem Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland Europa Jahrhunderte hindurch in einem Zustand der Erregung und des Krieges gehalten habe.

London, 20. Januar. — Der Genfer Korrespondent des „Daily Expreß" berichtet, daß die italienischen Handelskammern in Zürich, Lugano und Genf dem Premier Mussolini offen Trotz bieten. Die Mehrheit der Direktoren dieser Handelskammern ist republikanisch gesinnt. Der Depesche zufolge hat sich die Genfer Handelskammer, die das Hauptquartier der erwähnten drei Körperschaften ist, geweigert, einen Abgesandten Mussolinis zu empfangen, der ein vom König unterzeichnetes Auflösungsdekret der drei Kammern überbrachte.

Die Handelskammern erklären das Vorgehen Mussolinis für ungesetzlich, da sie unter den Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzes der Schweiz organisiert wurden. Man erwartet, daß die Schweizer Regierung sich der Angelegenheit annehmen wird.

Die italienischen Republikaner in der Schweiz sind der Ansicht, daß Mussolini die Auflösung der drei Handelskammern anstrebt, um sie mit faschistischen, anstatt mit den jetzigen republikanischen Beamten zu reorganisieren.